

Ursachen bekämpfen

**MASSENEINWANDERUNG
STOPPEN**

STOP



Bevölkerungsaustausch? - Nein danke!

Unsere Heimat und unser Volk erhalten

Man darf davon ausgehen, daß jährlich bis zu 1,5 Millionen Fremde nach Deutschland kommen werden. Durch den Familiennachzug wird die Zahl offiziellen Prognosen zufolge in den nächsten Jahren auf rund sieben Millionen und damit auf fast 10 % der derzeitigen Bevölkerung steigen. Es ist geradezu naiv, anzunehmen, daß sich unter diesen vielen Menschen, die großteils unkontrolliert einreisen durften, keine islamistischen Terroristen befinden. Die Terroranschläge durch Islamisten in Europa haben verdeutlicht, welche Gefahr die Masseneinwanderung für die Innere Sicherheit mit sich bringt. Dabei müßten die Ursachen dieser Asylantenflut wirksam bekämpft werden. Westliche Staaten unter der Führung der USA haben ganze Regionen destabilisiert, indem sie unter anderem auch Terrororganisationen für ihre Zwecke instrumentalisierten und teilweise sogar mit Waffen belieferten. Diese militärischen Aggressionen, an welchen sich die Bundeswehr grundgesetzwidrig regelmäßig beteiligt, erfolgen allesamt unter dem humanitären Deckmantel der Menschenrechte und der Demokratie, in Wahrheit aber werden hier mit deutscher Hilfe prinzipienlos und knallhart imperiale und ökonomische US-Interessen durchgesetzt. Hier gilt es anzusetzen. Keine weitere deutsche Beteiligung an völkerrechtswidrigen Angriffskriegen. Die USA als Hauptverantwortlichen der sogenannten „Flüchtlingskrise“ müssen stärker in die Verantwortung genommen werden. Wenn die Vereinigten Staaten nicht

bereit sind, einen Großteil der Flüchtlinge aufzunehmen, müssen sie zumindest die finanziellen Auswirkungen ihrer eigenen Kriegspolitik tragen und dürfen Europa mit dem Problem nicht alleine lassen.

Während unsere Politiker weiterhin „Herzlich Willkommen“ verbreiten, halten die australischen Behörden an ihrer strikten „No Way“-Politik fest, die jegliche Einreise von Wirtschaftsmigranten verhindert. Im Internet und über YouTube werden Flugblätter bzw. Videos in 18 Sprachen verbreitet, die jedem Migranten klar machen, daß er keine Chance hat, einzuwandern. Im Gegensatz dazu verbreitet die Anstalt des öffentlichen Rechts „Deutsche Welle“ weltweit über Satellit „Germany launches ‚Welcome to Germany‘ program for young refugees“.



Die aktuelle Massenzuwanderung ist jedoch nicht nur eine Folge des in Syrien herrschenden IS-Terrors. Sie ist auch eine Folge der drastischen Kürzungen der Lebensmittel des UN-Welternährungsprogramms in den Herkunftsgebieten und den gleichzeitigen „Herzlich Willkommen“ Lockrufen der deutschen Regierung.

Die von den Asyllobbyisten immer wieder vorgetragenen Argumente, man brauche Zuwanderung, um dem demografischen Wandel zu begegnen und um qualifizierte Arbeitskräfte ins Land zu holen, sind falsch. Anstatt

auf Einwanderung zu setzen, sollte die Wirtschaft lieber Druck auf linke Bildungspolitiker ausüben, damit in unseren Lehranstalten wieder genügend eigene gut ausgebildete Kräfte herangezogen werden können. Ist es nicht ausländerfeindlich, wenn wir anderen Ländern qualifizierte Arbeitskräfte abwerben, die dort dringender gebraucht werden? Deutschland ist mittlerweile weltweit das Land mit der niedrigsten Geburtenrate. Die derzeitige Einwanderung wird das Problem jedoch nur noch weiter verschärfen, da zukünftig Steuergelder anstatt in die dringend notwendige Förderung von Familien und Kindergartenplätze viel eher in die Versorgung der unzähligen Immigranten fließen werden.

Trotz der derzeit in unser Land drängenden Massen von Asylmigranten ist für die maßgebenden politische Kräfte in der BRD immer noch nicht Schluß. Auch wenn es aus dem Mund einiger CDU-Politiker manchmal anders klingen mag, sind dies lediglich Lippenbekenntnisse, um das Volk zu beruhigen!

Die Ängste der einheimischen Bevölkerung vor einer immer weiter um sich greifenden Überfremdung interessieren die derzeitigen Machthaber und anderen Asyllobbyisten herzlich wenig. In Hamburg-Billbrookdeich gibt es bereits eine Grundschule ohne ➔

Lehrerstellen:

Im Jahr 2016 sollen in Schleswig-Holstein knapp 400 neue Lehrstellen geschaffen werden. Nicht etwa um den seit vielen Jahren bestehenden Unterrichtsausfall zu reduzieren, sondern um Flüchtlingskinder zu unterrichten! Bereits vor Jahren haben besorgte Eltern für mehr Lehrer im Land demonstriert - vergeblich!

Verkehrserziehung:

Die Polizeidirektion Lübeck löst den Bereich Prävention auf. Damit findet für Kindergartenkinder und Grundschüler keine Verkehrserziehung mehr statt. Begründet wird die Maßnahme mit der Arbeitsüberlastung der Polizei durch die sogenannte Flüchtlingskrise.

Sporthallen

Immer mehr Sporthallen werden vorübergehend mit Asylanten belegt. Damit fällt nicht nur der Sportunterricht für deutsche Kinder aus, sondern auch der Vereinssport! In Neumünster, wo im Sommer für fünf Wochen Asylanten in der Sporthalle Brachenfeld untergebracht wurden, ergab eine Kleine Anfrage des NPD-Ratsherrn Mark Proch, daß die Sporthalle nach dem Auszug der Asylanten für über 12.000 Euro saniert werden mußte!

Landeshaushalt

Für das Jahr 2016 hat das Land in einem Haushaltsentwurf 805 Millionen Euro für Flüchtlinge veranschlagt. Das sind bei einem Gesamthaushalt von 11 Milliarden, 7,3% aller Ausgaben. Um diesen Irrsinn finanzieren zu können müssen 261 Millionen Euro neue Schulden aufgenommen werden!

Boostedt (Kreis Segeberg)

Im kleinen 4.600 Einwohner zählenden Boostedt werden derzeit bis zu 2.500 Asylanten untergebracht, obwohl vor nicht einmal einem Jahr durch das Innenministerium eine Obergrenze von 500 festgelegt wurde. Und die zuständige Staatssekretärin Söller-Winkler behauptet auf einer Einwohnerversammlung trotzdem: „Das Boot ist noch lange nicht voll“

deutsche Kinder, und in Berlin gibt es eine Schule mit nur noch drei deutschen Kindern. Auch in den größeren Städten unseres Bundeslandes sind solche Verhältnisse absehbar! Wenn die Aussagen der Einwande-

vermögen der Einwanderungsfanatiker offensichtlich nicht.

Die NPD spricht sich entschieden gegen die steigende Migrantenflut aus. Über 95% der Asylanträge werden abgelehnt, dennoch leben rund 600.000 abgelehnte Asylbewerber in Deutschland, da eine Abschiebung dieser Wirtschaftsmigranten entgegen allen gegenteiligen Behauptungen kaum stattfindet!



NPD-Europaabgeordneter Udo Voigt informierte sich vor Ort in Syrien

rungslobby der Realität entsprechen würden, dürfte es solche Zustände gar nicht geben; denn eigentlich müssten viele dieser linken Gutmenschen in solche Gegenden ziehen wollen, da dort die von ihnen gepredigte „kulturelle Bereicherung“ durch „viele ausländische Mitbürger“ bereits umgesetzt wurde. Die Existenz von Schulen ohne deutsche Kinder zeigt jedoch die Verlogenheit der Asyllobby.

Ökonomen sagen Kosten in Höhe von 30 Milliarden Euro pro Jahr voraus! Der Wirtschaftsforscher Clemens Fürst befürchtet starke Belastungen für die Sozialsysteme. Mit dem gleichen Geld, das wir für die Unterstützung der zu uns strömenden Wirtschaftsmigranten ausgeben, könnte mindestens 10 Mal so vielen Menschen in den Herkunftsländern geholfen werden. Dann würden auch alte und kranke Menschen sowie Frauen und Kinder profitieren und nicht nur starke junge Männer. Aber so weit reicht das Denk-

Die Ausländerpolitik aller bisherigen Regierungen war immer von Täuschungen der Öffentlichkeit begleitet. Früher verkauften sie Einwanderer als Gastarbeiter, aus denen jedoch Dauergäste wurden. Heute kommen angeblich arme Kriegsflüchtlinge. Kritische Stimmen werden unterdrückt. Die Asyllobby fordert Toleranz, strotzt aber selbst vor größter Intoleranz und setzt ihre Politik autoritär durch. Wir

von der NPD sind äußerst beunruhigt über das erschreckende Demokratiedefizit in der Zuwanderungsdiskussion. Es ist nicht hinnehmbar, daß Immigrationskritiker in der öffentlichen Diskussion als fremdenfeindliche Extremisten, Rechtsradikale oder Gewalttäter verunglimpft werden, um deren Argumente mundtot zu machen und nur die eigenen als die einzig richtigen darstellen zu können.

Wir lehnen es ab, daß die uns regierenden Politiker ständig neue fremde Menschen ins Land holen und dabei die Interessen des eigenen „Steuerzahler-Packs“ ignorieren.

Lassen Sie sich nicht mundtot machen und unterstützen Sie die Forderungen der Nationaldemokraten, denn nur die NPD bezieht deutlich Position gegen diese Asylpolitik und spricht offen aus, was große Teile des deutschen Volkes denken!